

Fragenkatalog

Frage 1:

Welche beruflichen und persönlichen Qualifikationen zeichnen Sie für die Stelle des Oberbürgermeisters und Chefs der Verwaltung aus?

Lorenz Bahr:

Seit vielen Jahren bin ich kommunalpolitisch aktiv und kenne daher die politischen und verwaltungsinternen Strukturen Wuppertals genau. Darüber hinaus verfüge ich als Leiter eines mittelständischen, gemeinnützigen Unternehmens der Behindertenhilfe mit weit mehr als 100 MitarbeiterInnen die Sorgen, Ängste und Nöte meiner KollegInnen ebenso, wie die Perspektive des Arbeitgebers, Arbeitsplätze zu sichern, auskömmlich einzurichten, attraktiv zu gestalten und MitarbeiterInnen so zu fördern, dass sie immer auf der Höhe der Zeit sind und gerne bei uns bleiben. Ich kenne aber auch die Rolle desjenigen, einsame und womöglich unpopuläre Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu tragen.

Frage 2:

Dem Haushalt der Stadt Wuppertal droht in Kürze die vollständige Überschuldung. Welche Ideen und Vorschläge haben Sie, um diese Krise zu überwinden?

Lorenz Bahr:

Wir rechnen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem Einbruch bei der Gewerbesteuer und bei der Einkommenssteuer. Insgesamt sind wir aber auch schon heute nicht mehr in der Lage, allein den kommunalen Pflichtaufgaben nachzukommen. Ein vollständiger Verzicht auf die sogenannten freiwilligen Leistungen hielte die drohende Überschuldung nicht auf und würde unserer Heimatstadt den Charakter rauben.

Wer nicht heute die Diskussion zum Beispiel über die öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen der Versorgung, Verkehr, Abfall, etc. führt, wird am Morgen nach der Kommunalwahl, vom Regierungspräsidenten unter dem Stichwort: „Eigenkapital aktivieren“ gedrängt, städtischen Sparlisten zustimmen zu müssen, mit denen die profitablen Geschäftsbereiche der städtischen Eigenbetriebe und Tochterunternehmen etwa im Bereich der Versorgung privatisiert und die Verluste etwa im Bereich des ÖPNV sozialisiert werden. Gleichzeitig werden wir gezwungen sein, aus kleinsten sozialen und kulturellen Projekten Minimalbeträge heraus zu sparen, die das jeweilige Projekt selber in Gänze in Frage stellen. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren.

Wir brauchen einen Schutzschirm für überschuldete Kommunen. Wuppertal würde auf diese Weise jährlich von der Tilgung und von der Zinslast befreit; allein die Zinsbelastung beträgt jährlich ca. € 60 Mio, die wir derzeit über Kredite refinanzieren.

Als Beispiel dient uns der Schutzschirm für „In Not geratene Banken“. Innerhalb von nur einer Woche war es der Berliner Großen Koalition möglich, Milliardensummen zu aktivieren. Eine ähnliche Handlungsbereitschaft erwarten wir im Sinne überschuldeter Kommunen.

Darüber hinaus muss die seit vielen Jahren diskutierte kommunale Finanzreform auf der Bundes- und Länderebene umgesetzt werden, inkl. eines Verzichtes auf Fördermittel, die bisher nach Himmelsrichtungen verteilt werden und einer stärkeren Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten für ALG 2-BezieherInnen. Allein der Verzicht auf den „Aufbau Ost“ entlastet Wuppertal jährlich um € 25 Mio., die wir derzeit über Kredite refinanzieren. Die dann zur Verfügung stehenden Mittel aus einem kommunalen Ausgleichsfonds werden in den „Stadtumbau Ost und West“ je nach Bedarf vor Ort investiert.

Außerdem steht es an, dass die Stadt Wuppertal eine Klage gegen das Land NRW prüft, da ihr die Mittel fehlen, allein den kommunalen Pflichtausgaben nachzukommen.

Der Ruf allein nach Bund und Land reicht nicht aus; Sie fragen zu recht nach eigenen Einsparvorschlägen unter Frage 6, denn es kann nicht sein, dass die Verwaltungsspitze und mit ihr die große Koalition die eigentliche Gretchenfrage, wie sieht es nach der Kommunalwahl mit Ihren Versprechen aus, auch erst nach der Kommunalwahl beantwortet. Da müssen wir eindeutig und ehrlich Position beziehen. Denn dass in maßgeblichem Umfang auch hier vor Ort eingespart werden wird, das ist unstrittig.

Frage 3:

In Zeiten eingeschränkter Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung sowie der vielfachen Hinnahme finanzieller Einbußen (tarifliche Einschnitte und Einschnitte in der Beamtenbesoldung, längere Arbeitszeiten, Arbeitsverdichtung, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, usw.) ist die Motivation vieler Beschäftigter auf einem Tiefpunkt angelangt. Wie könnte nach Ihren Vorstellungen Leistungswille und Motivation gestärkt werden und was werden Sie gegen einen Beförderungsstopp für Beamtinnen/Beamte unternehmen?

Lorenz Bahr:

Wir stehen vor der Situation, dass der Beförderungsstopp für BeamtInnen nicht in Wuppertal, sondern im Regierungspräsidium in Düsseldorf angeordnet wird. Der Widerstand gegen diesen Stopp verhält solange, solange Wuppertal nicht

von der drohenden Überschuldung befreit ist.

Es gibt aber auch eine Reihe von Maßnahmen neben der tariflichen Höhergruppierung, die MitarbeiterInnen motivieren helfen und den Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst attraktiver machen. Bei allen Maßnahmen bedarf es allerdings der kooperativen Zusammenarbeit zwischen öffentlichem Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Eine Reihe von Maßnahmen habe ich selbst bei mir im Hause mit Erfolg umgesetzt:

Eindeutige Profilierung und Beschreibung der Aufgabenbereiche; individuelle Fortbildungsplanung

Modernes Zeitmanagement: Pausen, Urlaubsregelung, Sonderurlaub, Jahresarbeitszeitregelungen, Teilzeit während der Elternzeit

Modernes Arbeitsablaufmanagement: Zuhause arbeiten, Telearbeit; Teamarbeit; Wiedereinstiegsregelungen, Eltern-Kind-Arbeitszimmer

Eine moderne Unternehmenskultur: Familienkarrieren, MitarbeiterInnengespräche, Krankenrückkehrgespräche

Interner Familienservice: Unterstützung bei der Kinderbetreuung, Unterstützung betrieblicher Kinderbetreuung, Unterstützung bei der Pflege Angehöriger, Angehörige sind herzlich willkommen

Einführung von Sonder- und Leistungsgratifikationssystemen, die Leistung messbar anhand von Zielvereinbarungen belohnen

Frage 4:

Werden Sie auch in Zeiten drohender Überschuldung als Oberbürgermeister betriebsbedingte Kündigungen im "Konzern Stadt Wuppertal" ausschließen?

Lorenz Bahr:

Eine direkte und ehrlich beunruhigt gestellte Frage bedarf einer ehrlichen Antwort: Nein, ich werde betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr ausschließen können. Und Tabus müssen gebrochen, indem sie öffentlich diskutiert werden:

Es wird Arbeitsbereiche in der Stadtverwaltung Wuppertal geben, die anders als im Bereich der erzieherischen Hilfen nicht durch eine Umstellung der Bewilligungspraxis Kosten sparen helfen und eine Neueinstellung von KollegInnen notwendig machen. Nehmen wir das Beispiel der Symphoniker. Das Ziel muss sein, die kulturelle Leistung aufrecht zu erhalten. Ein Zusammenschluss mit anderen Orchestern hieße immer, Musiker kündigen, unabhängig von der Qualität und Leistung jedes einzelnen. Nehmen wir das Beispiel der regionalen Zusammenarbeit der Stadtwerke. Hier ließe sich im Bereich des Overheads immens Geld sparen, wenn der bergische Zusammenschluss nicht an persönlichen Befindlichkeiten gescheitert wäre.

Frage 5:

Planen Sie neben den bereits angedachten bzw. In der Prüfung befindlichen Maßnahmen weitere Privatisierungen, Kooperationen oder Ausgliederungen im “Konzern Stadt Wuppertal“ und wenn welche?

Lorenz Bahr:

Nein. Und ich sage es bewusst noch einmal: Wer nicht heute die Diskussion zum Beispiel über die öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen der Versorgung, Verkehr, Abfall, etc. führt, wird am Morgen nach der Kommunalwahl, vom Regierungspräsidenten unter dem Stichwort: „Eigenkapital aktivieren“ gedrängt, städtischen Sparlisten zustimmen zu müssen, mit denen die profitablen Geschäftsbereiche der städtischen Eigenbetriebe und Tochterunternehmen etwa im Bereich der Versorgung privatisiert und die Verluste etwa im Bereich des ÖPNV sozialisiert werden. Deshalb bedarf es heute einer durchaus kontroversen öffentlichen und offenen Diskussion darüber, wie wir uns morgen gemeinsam für die Zukunft aufstellen werden. Und deshalb bedarf es auch heute vor der Kommunalwahl einer Liste als Grundlage der Diskussion, was es überhaupt heißt, eigene, kommunal zu beschließende Einsparziele zu formulieren.

Weitere Privatisierungen wird es insofern mit mir nicht geben, da ich der Auffassung bin, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand gehört.

Frage 6:

Welche Einsparungsvorschläge für ein Haushaltssicherungskonzept würden Sie persönlich für Ihr Handeln nach der Wahl vorschlagen?

Ganz bewusst lenke ich den Blick in die Zukunft und bin bereit, auch kommunal Verantwortung zu tragen; anders als meine MitbewerberInnen, die bisher nur vorwurfsvoll auf Bund und Land gezeigt haben, obwohl sie seit Jahren deren und unsere Politik mitbestimmen.

Politik und Verwaltung müssen in Wuppertal finanzwirtschaftlich umdenken und sich den finanzwirtschaftlichen Herausforderungen in einer öffentlichen und offenen Debatte stellen und den Rückbau öffentlichen Engagements aktiv und verantwortungsbewusst gestalten. Dabei sind fachliche Standards unseres Verwaltungshandelns möglichst aufrecht zu erhalten.

Deshalb stelle ich folgende Positionen zur Diskussion und erwarte, dass diese ernsthaft geprüft werden, wohlwissend, dass diese Liste möglicher Einsparungen nicht den von Wuppertal geforderten Summen entspricht:

Reduzierung des (Repräsentations- und Personal-) Aufwandes im Büro OB
Optimierung der dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit im Verwaltungsvor-

stand

Überprüfung des Umfanges gutachterlicher Tätigkeiten Dritter für die Stadtverwaltung (insbesondere GB 4)

Prüfung eines bergischen Sportamtes, Kulturbüros, Symphonieorchesters, Schauspiel- und Opernensembles, kommunalen Ordnungsdienstes und gemeinsamer IT- und DV-Lösungen

Prüfung eines bergischen Gebäudemanagements, einer Wirtschaftsförderung, einer gesamtbergischen Entsorgungs- und Abfallwirtschaftsgesellschaft und eines Stadtwerkeverbundes

Verzicht auf das Gewerbegebiet Kleine Höhe und die damit einhergehenden Zusatzkosten (Entwässerung)

Reduzierung der Bezirksvertretungen

Sitzungsbeginn der städtischen Gremien nach 18 Uhr

Personalplanung und -entwicklung, dazu gehört auch ein vermehrtes Angebot von Homeoffice-Arbeitsplätzen und eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten

Prüfung einer gemeinsamen bergischen Aus- und Fortbildung

Überprüfung, inwiefern Sporthallen und Schwimmbädern von Vereinen geführt werden können

Verkauf des Stadions am Zoo

Insgesamt ist eine Organisationsuntersuchung und Aufgabenkritik in der gesamten Stadtverwaltung durchzuführen, aus der sich weitere Einsparpotenziale ergeben können. Diese Potenziale sollen der Öffentlichkeit vorgestellt und mit ihr diskutiert werden. Am Ende einer solchen Diskussion wird es eine Vereinbarung geben, welche Aufgaben wir wahrnehmen müssen, sollten und wollen.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist aber Transparenz wichtig. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen notwendige Sparmaßnahmen klipp und klar vermittelt werden. Anregungen und kreative Impulse aus der Bevölkerung zur Konsolidierung der Finanzen sind daher zu diskutieren und zu prüfen.

Eine Reduzierung der Haushaltsansätze sogenannter freiwilliger Leistungen und Pflichtaufgaben im Bereich Jugend, Schule, Soziales und freier Kultur kommt für mich nicht in Betracht.

Abschließend müssen, um auf die drohende Überschuldung der bergischen Metropole aufmerksam zu machen, die Wuppertal 'bis in ihr Mark treffen wird', kreative Aktionen auf der Straße durchgeführt werden (freie Kultur auf der Straße, Verkehrsknotenpunkte besetzen (Jugend sucht sich neue, öffentliche Skaterplätze, Familienpicknick am Döppersberg...); Schwebebahn als Wahrzeichen und Rückgrat Wuppertals demonstrativ für einen Tag im Depot ruhen lassen).

Frage 7:

Welche Ideen haben Sie für die Schaffung neuer/zusätzlicher, zukunftsweisender Arbeitsplätze und weiterer Gewerbeansiedlungen in Wuppertal?

Lorenz Bahr:

Schon bevor Grüne und andere über einen (Green) New Deal debattiert haben, habe ich in Wuppertal einen konkreten Vorschlag erarbeitet und letztlich politisch im Rat und in diversen Gesprächen mit IHK, Handwerk, Energieagentur, Wuppertal Institut, Uni usw. durchgesetzt; die entsprechende Wettbewerbsausschreibung im Rahmen der Ziel2-Förderung endet am 26. August 2009:

Wuppertal muss Strukturimpulse und Strukturhilfen aus Bund-, Land- und Europa aktiver und erfolgreicher mit einer eigenen Vision strategisch nutzen und entwickelt zusammen mit der heimischen Industrie, dem heimischen Handwerk, der Uni und anderen Kooperationspartnern Projekte im Bereich neuer und umweltgerechter Technologien. Ein Gründer- und Entwicklungszentrum unter der Federführung der Wirtschaftsförderung als „Energieeffizienzcluster“ im Rahmen der EU Ziel2-Förderung soll den Weg bereiten für zukunftssichere Arbeitsplätze. Wuppertal profiliert sich als Stadt, die die Energiewende gestaltet. Und das im produzierenden Gewerbe, das unter der Strukturkrise besonders gelitten hat, zusammen mit den Denkfabriken, die in großer und ungewöhnlich qualifizierter Zahl in Wuppertal vertreten sind.